



Nr. 35

9. Oktober 2015

Inhalt

[dbb Chef Dauderstädt zum Tag der Deutschen Einheit:](#)

[Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Gefahr+++](#)

[Pflegestärkungsgesetz II: dbb begrüßt wichtige Neuausrichtung+++](#)

[2. Seniorenpolitische Fachtagung der dbb bundesseniorenvertretung:](#)

[Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verankern+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DPolG-Chef Wendt: Flüchtlingspolitik ist größte Herausforderung für die Polizei+++](#)

[tbb fordert zur Distanzierung von „Alternative für Deutschland“ \(AfD\) auf+++](#)

[dbb sachsen-anhalt zum Scheitern des Gesetzesvorhabens zur Anhebung der Pensionsaltersgrenzen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben+++](#)

[Philologenverband: Zusatzmilliarden des Bundes müssen auch Schulen zugutekommen+++](#)

[DPolG Bundespolizeigewerkschaft: Bundesinnenminister de Maizière muss jetzt handeln+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Chef Dauderstädt zum Tag der Deutschen Einheit: Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Gefahr

(dbb) Zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt davor gewarnt, sich auf den Erfolgen der Deutschen Einheit auszuruhen. „Die Vereinigung von Ost und West haben wir gut hinbekommen. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es aber an der Zeit, unser Staatswesen erneut unter die Lupe zu nehmen. Denn die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse ist durch politische Kleinstaaterei in Gefahr“, sagte der dbb Chef am 2. Oktober 2015.

Grundsätzlich habe sich der Föderalismus bewährt, so Dauderstädt weiter. Das Subsidiaritätsprinzip müsse weiterhin geachtet werden. „Das bedeutet aber nicht, dass für die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse nicht noch mehr getan werden könnte. Als Beispiele seien die innere Sicherheit, das Bildungswesen oder die Beamtenbesoldung genannt. In diesen Bereichen haben sich viele Bundesländer in den vergangenen Jahren auseinandergelbt. Das tut einer Gesellschaft auf Dauer nicht gut.“

Besonders ärgere ihn, sagte der dbb Chef, wenn der öffentliche Dienst für politische Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht werde. „Angesichts der oft fehlenden Ressourcen, einer permanenten Produktion von neuen Gesetzen und Vorschriften und des nicht immer ausgeprägten politischen Einigungswillens zwischen Bund und Ländern muss man den Kolleginnen und Kollegen großen Respekt zollen, dass sie ihre Aufgaben so erfolgreich erfüllen.“
(01/35/15)

Pflegestärkungsgesetz II: dbb begrüßt wichtige Neuausrichtung

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat das geplante Pflegestärkungsgesetz II begrüßt. Die Neuregelungen gäben Betroffenen und ihren Familien Planungssicherheit. „Die vorgesehene Neuregelung, dass die Restkosten für die vollstationäre Unterbringung, die nicht von der Pflegeversicherung getragen werden, künftig nicht mehr mit dem Maß der Pflegebedürftigkeit steigen, ist ein Paradigmenwechsel“, sagte der dbb Chef, der als Sachverständiger bei der Anhörung im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages am 30. September 2015 eingeladen war.

Neben finanzieller Planungssicherheit für Familien ermögliche es die Novelle, einzelne Pflegeeinrichtungen leichter zu vergleichen. „Der Erleichterung über die Feststellung eines erhöhten Pflegebedarfs und damit höheren Zuschüssen der Pflegekasse folgt bisher schnell der Schock über damit verbundene stark steigende Zuzahlungen. Konflikte mit der jeweiligen stationären Einrichtung sind häufig die Folge. Die vorgesehene Neuregelung schafft hier Abhilfe und wird insofern vom dbb ausdrücklich begrüßt“ so Dauderstädt weiter.

Im vergangenen Jahr hatte das Parlament den ersten Teil der großen Pflegereform mit umfassenden Leistungsverbesserungen gebilligt. Mit dem zweiten Teil wird nun vor allem ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt. Künftig soll die Pflegebedürftigkeit unabhängig davon ermittelt werden, ob Pflegebedürftige körperliche Einschränkungen haben oder unter De-

menz leiden. Damit setzt die Bundesregierung eine langjährige Forderung des dbb um. Dazu werden die bisher drei Pflegestufen zu fünf Pflegegraden ausgebaut. Entscheidend ist künftig der Grad der Selbstständigkeit im Alltag.

Durch die Neuregelungen und die verbesserte Anerkennung von demenziellen Erkrankungen wird in den nächsten Jahren mit bis zu 500.000 neuen Anspruchsberechtigten gerechnet. Nachteile für Alt-Pflegefälle soll es nicht geben, da großzügige Übergangs- und Bestandsschutzregelungen vorgesehen sind. Aus diesem Grund trägt der dbb die zum 1. Januar 2017 in Kraft tretende Beitragssatzerhöhung um 0,2 Prozentpunkte mit. Fraglich bleibt aus Sicht des dbb jedoch, ob die Folgekosten, die neben der neuen Begutachtungs- und Einstufungssystematik auch durch den demografi-

schen Wandel zu erwarten sind, tatsächlich nachhaltig ausfinanziert sind.

Das Pflegestärkungsgesetz II war auch Schwerpunktthema der Fachtagung der dbb

bundessenorenvertretung am 8. Oktober 2015 in Berlin.
(02/35/15)

2. Seniorenpolitische Fachtagung der dbb bundessenorenvertretung: Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verankern

(dbb) „Es ist die Pflicht eines Sozialstaates, Lebensrisiken abzusichern. Struktur und Organisation dafür sind ausgestaltbar.“ Darauf verwies der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in seinem Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der 2. Seniorenpolitischen Fachtagung der dbb bundessenorenvertretung am 8. Oktober 2015 in Berlin. Unter dem Motto „Pflegestärkungsgesetz II – Was lange währt, wird wirklich gut?“ gingen Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis der Frage nach, ob und inwieweit die neuen gesetzlichen Regelungen zu tatsächlichen Verbesserungen für Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen und insbesondere auch für pflegende Angehörige führen werden.

Dauderstädt verwies auf die wachsende Bedeutung der Pflege auf Grund des demografischen Wandels und die daraus erwachsenden Aufgaben für die Gewerkschaften: „Wir sehen uns gefordert, in Tarifverträgen wie Gesetzen neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die von Beruf und Pflege zu verankern.“ Um der Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und den Änderungen des Begutachtungsverfahrens tatsächlich gerecht werden zu können, müsse die dafür notwendige Finanzausstattung weiter verbessert werden. Die ab 2017 greifende Beitragserhöhung zur Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte gebe keine Garantie, wie nachhaltig das sein werde.

Der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung, Wolfgang Speck, hatte zuvor in seiner Begrüßungsrede darauf hingewiesen, dass Betroffene völlig zu recht erwarten, dass ihre gesundheitlichen Beeinträchtigungen angemessen bewertet und bei der Pflege berücksichtigt werden. Der erste Schritt dorthin sei die zutreffende Feststellung einer Pflegestufe - zukünftig eines Pflegegrades. „Das Letzte, was eine pflegebedürftige Person und ihre Angehörigen brauchen können, ist ein Ergebnis, das zur Führung eines Widerspruch- oder gar Klageverfahrens zwingt“, sagte Speck.
(03/35/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DPOIG-Chef Wendt: Flüchtlingspolitik ist größte Herausforderung für die Polizei

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizei-Gewerkschaft (DPOIG), Rainer Wendt, hat am 7. Oktober 2015 im ARD-Morgenmagazin sowie in der WDR-Sendung "1 zu 1" bekräftigt, dass die Flüchtlingspolitik die größte Herausforderung für die Polizei in der Nachkriegszeit sei.

Dass die Koordination nun im Kanzleramt angesiedelt werde, zeige die Dimension der Aufgabe, die nicht nur die Polizei, sondern den Staat mit seinem öffentlichen Dienst als Ganzes fordere. Konkret forderte Wendt, dass die Bundespolizei schnell Verstärkung bekommt

durch Tarifbeschäftigte, die kurzfristig bei der Registrierung von Flüchtlingen unterstützen sollten. Die Unterstützung müsse ohne zeitlichen Verzug erfolgen, die Bundesmittel für die Bereitschaftspolizei zudem auf mindestens 30 Millionen Euro jährlich angehoben werden,

untermauerte Wendt am 8. Oktober seine Forderung: „Es darf doch wohl nicht wahr sein, dass manche Landesregierung vom Personalabbau noch immer nicht genug hat! Die Politik muss jetzt endlich rasch handeln und darf nicht länger zögern, die gesamte öffentliche Verwaltung muss gestärkt und ausgebaut werden, sonst werden wir die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Bewältigung von Massenzuwanderung nicht schaffen!“, sagte der DPoIG-

Bundesvorsitzende dem Fernsehsender „SAT.1“.

Ein Problem sieht Wendt bei der derzeitigen Abschiebep Praxis in Deutschland. Sowohl Ausländerbehörden als auch Bundes- und Länderpolizeien seien zurzeit stark mit anderen Aufgaben gefordert, so dass geregelte und notwendige Abschiebungen kaum vorgenommen werden können.
(04/35/15)

tbb fordert zur Distanzierung von „Alternative für Deutschland“ (AfD) auf

(dbb) Der Vorsitzende des thüringer beamtenbundes tbb, Helmut Liebermann, hat die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates aufgefordert, sich nicht länger an Kundgebungen der rechtspopulistischen „Alternative Für Deutschland“ (AfD) zu beteiligen. „Der tbb kann viele Sorgen nachvollziehen, die in der aktuellen politischen Situation geäußert werden, und setzt sich nachdrücklich für einen starken Staat ein, der die Werte unseres Grundgesetzes vertritt. Eine Rechtfertigung zur Unterstützung der AfD-Positionen lässt sich daraus aber nicht ableiten“, schreibt Liebermann in einem Offenen Brief, der den Medien auf Beschluss des tbb Landeshauptvorstandes vom 2. Oktober 2015 zugeleitet wurde.

Der Landeshauptvorstand des tbb hatte auf seiner Herbstsitzung die aktuellen politischen Entwicklungen bewertet und die Auffassung vertreten, dass die Äußerungen des Thüringer AfD-Vorsitzenden und Landtagsabgeordneten Björn Höcke während der jüngsten AfD-Demonstrationen mit den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind, und verweist auf einen Passus seiner Satzung, der bekräftigt, dass der tbb „vorbehaltlos zum freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ steht. „Jede Mitar-

beiterin und jeder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Thüringen hat einen Amtseid geleistet und sich darin verpflichtet, jederzeit für die Werte des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie der Thüringer Verfassung einzutreten. Das hat nach Auffassung des tbb die Verpflichtung zur Folge, sich von den Zielen zu distanzieren, die von Herrn Höcke in den letzten Tagen verkündet und vom Vorstand der AfD unterstützt wurden“, heißt es in dem Offenen Brief.
(05/35/15)

dbb sachsen-anhalt zum Scheitern des Gesetzesvorhabens zur Anhebung der Pensionsaltersgrenzen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

(dbb) In dieser Legislaturperiode wird es in Sachsen-Anhalt keine Anhebung der Regel- und der besonderen Altersgrenzen für Beamtinnen und Beamte geben. „Die Beamten werden sich über die Schonfrist freuen und nicht fragen, was Koalitionsvereinbarungen eigentlich wert sind“, so die Bewertung des stellvertretenden dbb Landesvorsitzende Ulrich Stock. „Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben“, sagte der dbb Landesvize am 8. Oktober 2015 in Magdeburg. „Wir sind uns sicher, dass die beamtenrechtlichen Altersgrenzen nach den Landtagswahlen schnell wieder Thema sein werden.“

Die Bewertung von Finanzstaatssekretär Jörg Felgner, das Scheitern der Anhebung der beamtenrechtlichen Altersgrenzen verschärfe die angespannte Personalsituation, teilt Ulrich Stock nicht. „Die Anhebung der Altersgrenzen dient – wie auch in der Rentenversicherung – lediglich der Absenkung des Versorgungsni-

veau. Die deutlich angespannte Personalsituation ist durch die Landesregierung hausgemacht und kann durch Neueinstellungen entschärft werden,“ machte der stellvertretende dbb Landeschef deutlich. Der dbb hatte die beabsichtigte schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze für Beamtin-

nen und Beamte auf 67 Jahre und der besonderen Altersgrenze auf 62 Jahre grundsätzlich kritisch bewertet. Er ist der Auffassung, dass die Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels keine generelle und zwangsweise Verlängerung der Arbeitszeit, sondern flexible Regelungen des Ruhestandseintritts auf freiwilliger Basis sein sollten. Dies hätte auch das Problem mit weiteren belasteten Berufsgruppen lösen können. Ferner hatte der dbb vorgeschlagen, für Beamte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst und Vollzugsbeamte in Wechsel- und Schichtdiensten die Altersgrenze von 62 Jahren um jeweils einen Monat pro Jahr geleisteten Wechsel- und Schichtdienstes bis zum maximalen 60. Lebensjahr abzusenken.

Der jetzt gescheiterte Gesetzentwurf der Landesregierung war bereits im August 2014 auf den Weg gebracht worden. Das umfangreiche Gesetzespaket sah vor, die beamtenrechtliche Regelaltersgrenze ab 2016 schrittweise von bisher 65 auf 67 Lebensjahre anzuheben. Die Anhebung sollte mit dem Geburtsjahrgang 1951 beginnen und mit dem Jahrgang 1964 enden. Wie im Renteneintritt wäre ab dem Jahr 2031 auch im Beamtenrecht die Altersgrenze mit 67 erreicht. Auch die besondere Altersgrenze für Vollzugsbeamte, also für Polizeivollzugsbeamte, Feuerwehrbeamte im Einsatzdienst und Strafvollzugsbeamte, sollte beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1951 schrittweise von derzeit 60 auf 62 Jahre erhöht werden.

(06/35/15)

Philologenverband: Zusatzmilliarden des Bundes müssen auch Schulen zugutekommen

(dbb) Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, hat die Landesregierungen aufgefordert, einen bedeutenden Teil der vom Bund den Ländern für 2015 und 2016 zur Verfügung gestellten 6 Milliarden Euro für die Förderung des Spracherwerbs und die Bewältigung der schulischen Integration der Flüchtlingskinder zu verwenden. „Die Bereitschaft den Beitrag der Schulen bei der Eingliederung der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft durch entsprechende Fördermittel zu honorieren, ist leider bis zum jetzigen Zeitpunkt in vielen Bundesländern noch nicht erkennbar“, sagte Meidinger am 5. Oktober 2015.

Dringend notwendig sei eine massive qualitative Verbesserung des schulischen Unterstützungssystems durch Dolmetscher, Sozialpädagogen und mehr Schulpsychologen, wie sie auch die Präsidentin der Kultusministerkonferenz eingefordert habe. Darüber hinaus müsste die frühkindliche Bildung flächendeckend ausgebaut werden. „Was derzeit an Angeboten der frühkindlichen Sprachförderung in den einzelnen Bundesländern vorhanden ist, reicht für die Bewältigung der vor uns liegenden Mammutaufgabe der schulischen Integration von 300.000 Flüchtlingskindern in diesem Jahr und mindestens 150.000 – 200.000 zusätzlichen Kindern in den nächsten Jahren hinten und vorne nicht.“

Meidinger warnte auch davor, in der deutschen Bevölkerung den Eindruck aufkommen zu lassen, dass diese Aufgabe nur mit Einschnitten in die bisherige Qualität unserer Schulen gelöst werden könne. „Ausfallender Sportunterricht, fehlende Sprachlehrer, Raumnot und größere Klassen dürfen kein Dauerzustand werden.“ Es sei zwar richtig, dass sich der Blick der Öffentlichkeit derzeit vor allem auf die Frage der Unterbringung richte. Ob die Integration der Flüchtlinge gelinge, werde sich jedoch in erster Linie an der Frage entscheiden, ob Kindergärten und Schulen mit zusätzlichen Ressourcen so ausgestattet werden, dass sie diese Herausforderung erfolgreich bewältigen könnten.

(07/35/15)

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft: Bundesinnenminister de Maizière muss handeln

(dbb) Mit Blick auf neueste Schätzungen, die für 2015 1,5 Millionen Flüchtlingen prognostizieren, hat der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter

die Politik eindringlich zum Handeln aufgefordert. „Die Dauerbelastung der Bundespolizei wird in den kommenden Monaten anhalten und noch weiter zunehmen. Bis zu 10.000 Flüchtlinge pro Tag sollen aktuellen Prognosen zu Folge in den Monaten November und Dezember nach Deutschland kommen. Ich frage mich, wann Bundesinnenminister de Maizière endlich damit beginnt, zusätzliche Unterstützungskräfte für die Bundespolizei zu rekrutieren, einzustellen und auszubilden“, sagte Walter am 5. Oktober 2015 in Berlin.

Die zugesagten 3.000 neuen Stellen für die Bundespolizei helfen in der jetzigen Situation nicht weiter, denn die Ausbildung der neuen Polizisten dauere Jahre, so Walter weiter. Und auch die 160 gerade zugewiesenen Zollanwärter sind nach Meinung des Gewerkschaftschefs nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Tarifbeschäftigte zur Unterstützung der völlig überlasteten Bundespolizisten an der Südgrenze würden dagegen kurzfristig wirkliche Entlastung bringen, da sie sofort angeworben und rasch eingesetzt werden könnten.

Nach Einschätzung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft könnte die Bundespolizei bis zu tausend solcher zusätzlichen bundespolizeilichen Unterstützungskräfte mehr als gut gebrauchen. Walter: „Es ist bereits viertel nach Zwölf! Wenn das so ohne kurzfristige Unterstützung weitergeht, fährt die Politik die Bundespolizei sehenden Auges voll gegen die Wand!“
(08/35/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Zu einem ersten Gedankenaustausch mit Innenstaatssekretär Hans-Georg Engelke sind am 7. Oktober 2015 dbb Chef **Klaus Dauderstädt** und die Fachvorstände Tarifpolitik und Beamtenpolitik, **Willi Russ** und **Hans-Ulrich Benra**, in Berlin zusammengetroffen. Engelke hatte am 10. August die Nachfolge von Cornelia Rogall-Grothe angetreten. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Auswirkungen der Flüchtlingsbewegung auf den öffentlichen Dienst sowie das Thema Gewalt gegenüber Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung, zu dem BMI und dbb im April 2016 eine gemeinsame Veranstaltung planen. Positiv bewerteten zudem beide Seiten das Engagement und die Ergebnisse in der Demografiestrategie der Bundesregierung, die zuletzt am 22. September 2015 in Berlin vorgestellt worden sind. Desweiteren wurden Aspekte der Einkommensrunde mit Bund und Kommunen im Frühjahr 2016 sowie Fragen des Dienst- und Mitbestimmungsrechts angeschnitten.

Angesichts der wachsenden Aufgaben für den öffentlichen Dienst, die sich unter anderem aus dem unvermindert starken Flüchtlingszustrom nach Deutschland ergeben, hat die Vorsitzende des dbb schleswig-holstein **Anke Schwitzer** eine Überprüfung des von der Landesregierung zur Haushaltskonsolidierung verfolgten Personalabbaupfades gefordert. „Passt das alles noch in die Zeit? Macht solch ein Personalab-

baupfad in seiner starren Form in diesen Zeiten überhaupt noch Sinn?“, gab Schwitzer in ihrem Grußwort auf dem Landesgewerkschaft der Deutschen Steuer Gewerkschaft (DSTG) am 2. Oktober 2015 in Damp zu bedenken. Insbesondere Verträge, die für einen langen Zeitraum geschlossen wurden, müssten regelmäßig auf ihre Bestimmung hin überprüft werden: „Das ist nicht mein Wunsch, sondern die Pflicht der Landesregierung“, bekräftigte die dbb Landeschefin.

Nach Auffassung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) ist eine generelle Regelung zur Einführung von Tempo 30 vor Kitas und Schulen mehr als überfällig: „Kinder brauchen auch im Straßenverkehr einen besonderen Schutz“, appellierte der VBE-Bundesvorsitzende **Udo Beckmann** an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verkehrsministerkonferenz, die am 8. und 9. Oktober 2015 in Worms tagte. Tempolimits allein würden jedoch nicht ausreichen, um hinreichend Sicherheit zu schaffen. Eine besondere Gefährdung entstehe durch die sogenannten Elterntaxis, warnte der VBE-Chef: Immer mehr Eltern brächten Ihre Kinder bis dicht vor das Schultor und sorgten damit zum Teil für chaotische Verkehrsverhältnisse und zusätzliche Gefährdungen für Schülerinnen und Schüler. „Der Bereich um den Schuleingang muss mit Halteverboten versehen und abseits davon

müssen spezielle ‚Hol- und Bringzonen‘ ausgewiesen werden“, schlägt Beckmann vor.

Günter Jaenicke, Landesvorsitzender des Niedersächsischen Beamtenbundes (NBB) von 1981 bis 1989, ist am 12. September 2015 im Alter von 77 Jahren verstorben. Jaenicke engagierte sich seit 1964 in der berufspolitischen und gewerkschaftlichen Arbeit des damaligen Bundes Deutscher Steuerbeamten und in der Landesleitung der DBB Jugend Niedersachsen. Besonders in seiner langjährigen Mitgliedschaft in Landesleitung und Landesvorstand des NBB hat Jaenicke den NBB und seine gewerkschaftspolitische Arbeit wesentlich geprägt. Dabei hat er sich beharrlich für die Verbesserung der beruflichen Situation der Angehörigen des öffentlichen Dienstes eingesetzt. Seine Erfahrungen brachte er zudem federführend in den wirtschaftlichen Bereich des NBB ein, zuletzt viele Jahre lang als Aufsichtsratsvorsitzender der Beamten-Wirtschafts-GmbH (BWG). Jaenicke blieb dem NBB auch nach seinem Ausscheiden als Landesvorsitzender als Ehrenvorsitzender verbunden. Seine große Sachkunde und seine stets menschliche und verlässliche Art brachte er auch mit großem Engagement in den Bundesvorstand und in die Haushaltskommission des gewerkschaftlichen Dachverbandes ein. Der dbb wird Günter Jaenicke ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Mitglieder der **Arbeitsgruppe „Fusion“ des Verbandes der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB) und des Verbandes der Bundeswehrbeamten (VBB)** sind am 29. September 2015 in Bonn zum dritten Mal zusammengekommen. Die Schwerpunkte des Treffens lagen in der Frage der Darstellung und Kommunikation der Ziele und Aufträge der Arbeitsgruppe. Darüber hinaus wurde die Entwicklung eines gemeinsamen Grundverständnisses beider Verbände vorangetrieben, dessen Veröffentlichung für Ende Oktober 2015 vorgesehen ist. Klares Einvernehmen bestand in der Tatsache, dass sich mögliche künftige Strukturen eines gemeinsamen Verbandes ausschließlich an den Interessen und Erwartungen der Mitglieder orientieren sollen. Hierbei werde insbesondere der Schaffung von Synergien großer Stellenwert eingeräumt. Das nächste Treffen der er ARGE Fusion ist für Januar 2016 geplant.

Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes (DPHV),

hat die Kultusministerkonferenz (KMK) aufgefordert, bundesweit mindestens 20 000 neue Lehrerstellen zu schaffen: „Wenn wir jetzt 300.000 Flüchtlingskinder zählen, von denen 150.000 dauerhaft bleiben, brauchen wir sofort 20.000 neue Lehrer bundesweit und für die nächsten Jahre jeweils 10.000 zusätzlich. Das ist konservativ geschätzt. Wir haben in Deutschland jährlich einen Ersatzbedarf bei den 750.000 Lehrkräften von 25.000 pro Jahr, das heißt, statt der 25.000 müssen wir in Zukunft 35.000 einstellen“, sagte Meidinger im Interview mit der Stuttgarter Zeitung (Ausgabe vom 8. Oktober 2015). Die Kultusminister der Länder stünden vor einer gewaltigen Aufgabe, könnten diese aber nur bewältigen, wenn wie sie die notwendigen Finanzmittel dafür erhalten, gab der der DPhV-Chef zu bedenken.

Der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, **Wolfgang Ladebeck**, nahm seine Teilnahme am Festakt der Landesregierung „25 Jahre deutsche Einheit – 25 Jahre Sachsen-Anhalt“ am 1. Oktober 2015 in Halle zum Anlass, die Leistungen der Tarifbeschäftigten und Beamten bei Bund, Land und Kommunen zu würdigen und auf noch bestehende „Baustellen“ hinzuweisen. „Wir haben heute eine funktionierende, rechtsstaatliche und bürgerfreundliche Verwaltung. Die Kolleginnen und Kollegen aus beiden Teilen Deutschlands haben mit ihrer Arbeit dazu beigetragen. Damit die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung auch in Zukunft gesichert ist, muss der politische Kurs des radikalen Personalabbaus in endlich gestoppt werden. Das gelte auch für Sachsen-Anhalt, so Ladebeck: „Mit dem Personalentwicklungskonzept der Landesregierung sind in der Landesverwaltung tausende Stellen ersatzlos weggefallen. Die Beschäftigten sind auch ohne Flüchtlingskrise längst an ihrer Belastungsgrenze angekommen“, sagte der dbb Landeschef.

„Die 24-Stunden-Kita ist der Einstieg in eine Gesellschaft, in der Familienpolitik zur Unterabteilung der Wirtschaftspolitik wird. Arbeitgeber erhalten beste Argumente, um Druck auf Eltern auszuüben. Teilzeitangebote? Familienfreundliche Arbeitszeiten? Wozu, wenn Kinder nachts in die Kita gebracht werden können. Demnächst wird die völlige Verfügbarkeit von Eltern im Produktionsprozess zum Standortvorteil erklärt. Damit stehen die Mütter und Väter jederzeit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.“ Mit diesen kritischen Worten hat der Bundesbeauftragte der Katholischen Erziehergemeinschaft

(KEG), **Manfred Mahlstedt**, auf das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig reagiert, 24-Stunden-Kitas in den Jahren 2016 bis 2018 mit 100 Millionen Euro zu fördern. „Kinder sind keine Maschinen, sie lassen sich nicht fugenlos in den Alltag einer globalisierten Gesellschaft einpassen“, schreibt Mahlstedt in einem Gastkommentar für die „Augsburger Sonntagszeitung“ (Ausgabe vom 26./27. September 2015). Kinder brauchen ein Zuhause, die Nähe ihrer Eltern und Beständigkeit im Alltag: „Kurz gesagt: Kinder brauchen

Familien. Daher ist es richtig, dass über die Modernisierung des Elterngelds Schutzräume für Familien geschaffen werden, dass über Teilzeitmodelle und den Wert von Familienarbeit diskutiert wird.“

(09/35/15)

Termin zum Vormerken:

Europäischer Abend

Demagogen, Populisten und Fanatiker – Ein neues Zeitalter der Extreme
Berlin, 2. November 2015